



Ausarbeitung

Zur deutschen Außenwissenschaftspolitik



Zur deutschen Außenwissenschaftspolitik

Verfasserin: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 2 – 3000 – 046/144
Abschluss der Arbeit: 4. April 2014
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Telefon: + [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Zur Entstehungsgeschichte der Außenwissenschaftspolitik	4
3.	Die Außenwissenschaftspolitik des Auswärtigen Amtes	7
3.1.	Handlungsrahmen	7
3.2.	Initiative Außenwissenschaftspolitik des AA	9
4.	Akteure internationaler Wissenschaftspolitik	11
4.1.	Nichtstaatliche, wissenschaftsfördernde und – durchführende Organisationen	12
4.2.	Nichtstaatliche Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik	14
4.3.	Hochschulen	15
4.4.	Bundesländer	16
4.5.	Bundesregierung	17
4.6.	Stiftungen, Think Tanks und weitere Akteure	18
4.7.	Einzelne Beispiele wissenschaftlicher Zusammenarbeit	20
5.	Probleme und Kontroversen	22
6.	Literatur	24

1. Einleitung

In den vergangenen Jahrzehnten sind Wissenschaft und Bildung in zunehmendem Maße internationalisiert worden. Nicht nur im Zuge der Europäisierung, sondern auch durch zahlreiche internationale Wissenschaftskontakte und durch die wachsende Mobilität während des Studiums findet ein umfangreicher Austausch von Kultur, Bildung und Wissenschaft weltweit statt. Diesem Prozess trägt eine fortlaufend weiterentwickelte Außenwissenschafts- und Bildungspolitik Rechnung. Die „Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und die „Initiative Außenwissenschaftspolitik“ des Auswärtigen Amtes greifen diese Entwicklung auf und befördern sie. In der vorliegenden Ausarbeitung werden – fokussiert auf Aspekte der Außenwissenschaftspolitik des Auswärtigen Amtes – die Entstehungsgeschichte, Akteure und Problemlagen der Internationalisierung von Wissenschaft und Bildung thematisiert. Vom außenpolitischen Standpunkt aus ist die Außenwissenschaftspolitik besonders als Gewinn für die Demokratisierung und Stabilität in den jeweiligen Partnerländern zu sehen. Vor diesem Hintergrund liegt auch ein besonderer Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Bildungsakteuren in Konfliktregionen und Transformationsländern.

2. Zur Entstehungsgeschichte der Außenwissenschaftspolitik

In den vergangenen Jahrzehnten haben internationale Beziehungen im Bereich der **Wissenschaft und Forschung einen Vernetzungsgrad** erreicht wie nie zuvor in der Wissenschaftsgeschichte. Neben der **Mobilität von Studierenden**, sind auch der **internationale Austausch von Wissenschaftlern**, internationale Kooperationen in **gemeinsamen Forschungsvorhaben**, gemeinsame **Publikationen**, **transnationale Forschungszentren** und der Wettbewerb in transnationalen Forschungsvorhaben wie dem **europäischen Rahmenforschungsprogramm** wichtige Schritte der zunehmenden Internationalisierung von Wissenschaft weltweit.

Zudem, so konstatiert Georg Schütte¹ in einem Artikel², sei sowohl in der Politik wie in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür entstanden, dass „Wissen“ eine **„zentrale Resource für Produktivität und Wohlstand in modernen Gesellschaften“** sei. Dabei gewinnen Entwicklungs- und Schwellenländer immer mehr an Bedeutung. Gerade die **BRIC-Staaten** (Brasilien, Russland, Indien und China) investieren in zunehmendem Maße in Wissenschaft und Forschung und schränken so die Vormachtstellung der OECD-Länder ein.³ Die Politik trägt dieser Entwicklung Rechnung und fördert nicht nur nationale wis-

¹ Georg Schütte ist seit Dezember 2009 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der zitierte Artikel wurde zum Zeitpunkt seiner Tätigkeit als Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung (2004-2009) verfasst.

² Georg Schütte: Außenwissenschaftspolitik – Wissenschaft im globalen Wandel gestalten, in: Handbuch Wissenschaftspolitik, D. Simon, A. Knie und S. Hornbostel (Hrsg.), Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Heidelberg, 27. Oktober 2009, S. 151-161.

³ S. 151, ebd.

senschaftliche Projekte, sondern entwickelt Konzepte zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung.

Die Internationalisierung der Wissenschaft betrifft nicht alle **Fachdisziplinen** in gleicher Weise. Geistes- und Sozialwissenschaften erweisen sich nach wie vor allgemein national geprägt als Naturwissenschaften und Medizin. Schütte verweist zudem darauf, dass innerhalb der Naturwissenschaften gerade junge Disziplinen wie Biomedizin und Genetik stärker international geprägt seien als klassische Fächer wie Physik und Chemie.⁴

Zur **historischen Entwicklung** der Internationalisierung deutscher Wissenschaft bemerkt Schütte, nationale Wissenschaftspolitik sei in verschiedenen Staaten erst zur Mitte des 20. Jahrhunderts verankert und etabliert worden. Eines der wichtigen öffentlich finanzierten Forschungsgebiete sei neben der **Militärforschung** sowohl in den USA als auch in Deutschland die **Energieforschung** gewesen. Besonders bedeutsam für die Weiterentwicklung deutscher Außenwissenschaftspolitik sei die Wiedergründung der zwei Mittlerorganisationen Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD, ein gemeinnütziger Verein) und die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) nach der Auflösung der Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen. (Auf diese Organisationen wird in Kapitel 3 noch einmal detaillierter eingegangen.) Ein weiteres wesentliches Element im Aufbau des deutsch-amerikanischen Wissenschaftsaustausches sei die Etablierung der **Fulbright-Kommission**⁵ Anfang der 1950er Jahre gewesen. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges waren für die Etablierung einer umfassenden Internationalisierung von Wissenschaft zudem die Initiativen der deutschen Wissenschaftsorganisationen wichtig, sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik Deutschland.⁶

Die Akademie der Wissenschaften etablierte bereits früh Außenbeziehungen mit der **Sowjetunion**. In der Bundesrepublik Deutschland waren meist Beziehungen mit den **USA** eingegangen worden. Allerdings gibt es eine Reihe bedeutsamer Beispiele binationaler Kooperationen mit anderen Ländern, wie beispielsweise die wissenschaftlichen Beziehungen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) zum Weizmann-Institut (WIS) in **Israel** seit 1959. Außerdem knüpfte die MPG bereits zwei Jahre nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit **China** im Jahre 1974 enge Beziehungen zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften, gefolgt von der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF) und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Seit den 1970er Jahren begannen neben dem Auswärtigen Amt

⁴ S. 152, ebd.

⁵ Im nachfolgenden Kapitel wird auf das Programm detaillierter eingegangen. Weitergehende Informationen sind im Internet unter: <http://www.fulbright.de/> abrufbar [zuletzt abgerufen am 27. März 2014].

⁶ Eine vergleichende Darstellung der Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland ist Gegenstand eines Buchbeitrags von Martin Lengwiler. Er stellt dabei verschiedene parallele Entwicklungen dar. Schütte behandelt in seinem bereits erwähnten Buchbeitrag⁶ ebenfalls die historische Entwicklung des 20. Jahrhunderts, legt allerdings einen Schwerpunkt auf die westdeutschen Beziehungen: Martin Lengwiler: Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts in: Handbuch Wissenschaftspolitik, D. Simon, A. Knie und S. Hornbostel (Hrsg.), Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Heidelberg, 27. Oktober 2009, S. 13-25.

verschiedene Bundesministerien und durch die Bundesregierung finanzierte Organisationen internationale Wissenschaftsbeziehungen aufzunehmen. Verständlicherweise ist dabei das Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung besonders bedeutsam⁷.

Wichtige Organisationen, die die Etablierung einer weitreichenden Außenwissenschaftspolitik vorangetrieben haben, sind neben den bereits erwähnten Organisationen die ehemalige Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)⁸, die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) sowie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Seit den 1990er Jahren gewinnen auch Programme der **Europäischen Union** immer mehr an Bedeutung, beispielsweise das **ERASMUS-Programm**⁹ und das EU-Bildungsinformationsnetz **EURYDICE**^{10, 11}.

Deutschland hat sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch auf nationaler Ebene auf die steigende Internationalisierung der Wissenschaft reagiert. So wurden die Forschungsförderung ausgeweitet und die europäische Wissenschaftspolitik neu ausgerichtet (Schaffung des sog. Europäischen Forschungsraum, EFR). Die Darstellung dieser Entwicklung ist Gegenstand einer Publikation des Wissenschaftsrates.¹² In dieser Veröffentlichung wird die noch junge Geschichte der EU-Wissenschaftspolitik analysiert und Empfehlungen für eine deutsche Wissenschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union gegeben. Prominente Beispiele europäischer Wissenschaftspolitik sind neben der Schaffung des ERASMUS-Programms auch die **europäischen Rahmenforschungsprogramme**. Für die Weiterentwicklung der deutschen Wissenschaftspolitik innerhalb der EU ist die **Lissabon-Strategie** aus dem Jahr 2000 besonders wichtig. Hierin setzte sich die EU zum Ziel, der „wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt“¹³ zu werden. In diesem Zusammenhang wurde EU-weit eine Steigerung der Investitionen im Bereich Forschung und Entwicklung auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes bis zum

⁷ Programme dieses Ressorts sind Gegenstand einer gesonderten Arbeit des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (WD 8 – 3000 – 030/14).

⁸ Die GTZ, der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die Bildungsorganisation InWEnt wurden im Dezember 2010 zur neuen Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) fusioniert. Auf diesen Sachverhalt wird im nachfolgenden Kapitel noch einmal eingegangen.

⁹ **European Action Scheme for Mobility of University Student**, Informationen im Internet: <https://eu.daad.de/erasmus/de/> [zuletzt abgerufen am 3.4.2014].

¹⁰ EURYDICE - Education information network in Europe, Informationen im Internet:

http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/index_de.php [zuletzt abgerufen am 3.4.2014].

¹¹ Die „Europäisierung der Hochschulpolitik“ ist Gegenstand eines Buchbeitrags von Ulrich Teichler: **Europäisierung der Hochschulpolitik**, in: Handbuch Wissenschaftspolitik, D. Simon, A. Knie und S. Hornbostel (Hrsg.), Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften, Heidelberg, 27. Oktober 2009, S. 51-70.

¹² Wissenschaftsrat: **Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum**, Drs. 9866-10, Berlin, 2. Juli 2010.

¹³ Europäischer Rat: **Lissabon, Schlussfolgerungen des Vorsitzenden**, 23./24. März 2000, im Internet abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Jahr 2010 beschlossen. Im Jahr 2010 wurde die nachfolgende Strategie „**Europa 2020**“ verabschiedet.¹⁴

Vor dem Hintergrund dieser historischen Entwicklung ist die Formulierung und Umsetzung einer deutschen außenwissenschaftspolitischen **Gesamtstrategie** plausibel. Schütte analysiert in einem Buchbeitrag¹⁵ die Motivation einer außenwissenschaftspolitischen Strategieentwicklung. Im Vordergrund ständen dabei Instrumente, die die folgenden Sachverhalte berücksichtigten:

- **wissenschaftliche Politikberatung:** Regierungen derjenigen Länder, die gerade in der Forschung eine internationale Spitzenposition einnehmen, legten besonderen Wert auf wissenschaftliche Politikberatung. Er führt hierbei u.a. als Beispiel die Länder USA, Japan, Finnland, Südkorea und Großbritannien an.
- **Konkurrenzfähige Bedingungen:** International konkurrenzfähige Bedingungen, sowohl personell wie institutionell sind eine unabdingbare Voraussetzung wissenschaftlicher Exzellenz.
- **Innovationsförderung:** Durch Innovationsförderung wird es zum einen deutschen Unternehmen ermöglicht, weltweit an den Orten bester wissenschaftlicher Errungenschaften an deren Umsetzung zu arbeiten. Zum anderen werden Anreize geschaffen, innovative ausländische Unternehmen in die Lage zu versetzen, sich in Deutschland niederzulassen.
- **Entwicklungszusammenarbeit:** Wissenschaftskooperation soll als wesentlicher Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden, um diese wirkungsvoll zu gestalten.
- **Außenpolitischen Gesamtstrategie:** Eine wissenschaftlich begründete außenpolitische Gesamtstrategie ist die Voraussetzung einer wirksamen Außenwissenschaftspolitik.

3. Die Außenwissenschaftspolitik des Auswärtigen Amtes

3.1. Handlungsrahmen

Die Bundesregierung legt jährlich einen Bericht zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vor. Der aktuelle Bericht (17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, kurz: 17. Bericht AKBP) liegt seit dem 14. Februar 2014 vor.¹⁶

¹⁴ Am 3. März 2010 wurde Europa 2020 von der Europäischen Kommission vorgeschlagen (Mitteilung der Europäischen Kommission vom 3. März 2010, KOM/2010/2020 endg.) und im Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedet (EUCO 13/10). Zusammenfassende Darstellung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie: <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Europa/Europaeische-Wirtschaftspolitik/europa-2020.did=231708.html> [zuletzt abgerufen am 3.4.2014].

¹⁵ Schütte, Georg: Wettlauf ums Wissen: Außenwissenschaftspolitik als Herausforderung moderner Wissensgesellschaften, in: Schütte, Georg Hrsg. (2008). „Wettlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution“, Berlin University Press 2008, S. 12-27.

¹⁶ Drucksache 18/579, Unterrichtung durch die Bundesregierung 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vom 14. Februar 2014.

Hervorgehoben wird darin die Stellung von Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem Institut für Auslandsbeziehungen. Durch diese werde die Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands mitbestimmt und ermöglicht. Laut 17. Bericht AKBP kann durch das Instrument der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ein Beitrag zur weltweiten Konfliktprävention und Krisenbewältigung geleistet werden. Im aktuellen Berichtszeitraum 2011/2012 wurden verschiedene Aspekte und Schwerpunkte gesetzt, die aktuellen politischen Situationen geschuldet waren. Unter dem Titel „**Deutschland und Indien 2011-2012 – Unendliche Möglichkeiten**“ wurde die Partnerschaft mit Indien gefördert. Das **Deutsch-Chinesische Sprachenjahr 2013/2014** sowie das **Deutschland-Jahr in Brasilien** sind weitere Beispiele aktueller AKBP Projekte mit Partnerländern. Eine besondere Herausforderung bedeuteten die Entwicklungen in der **arabischen Welt**. Es wurden in diesem Zusammenhang Projekte mit dem Ziel des gewaltfreien Wandels und des Dialogs zwischen den verschiedenen politischen und religiösen Gruppen unterstützt. Zudem wurden mit den für die **Transformationsländer** zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln Projekte im Bereich Kultur, Bildung und Medien sowie Maßnahmen der Demokratisierung, Initiativen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaftsentwicklung gefördert. Internationale Wissenschaftspolitik wird vielfach als Instrument einer Politik, die auf **Demokratieförderung, Krisenbewältigung und Krisenprävention** abzielt, beschrieben. Auf diesen Aspekt wird in der Plenumsdiskussion des Deutschen Bundestages zum Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2007/2008 am 2. Juli 2009 verschiedentlich eingegangen. Monika Griefahn¹⁷ beispielsweise bemerkt: „Außenwissenschaftspolitik ist daher Außenpolitik und Bildungspolitik für Frieden und friedvolle Politik zugleich. Mit ihr werden Brücken zwischen Gesellschaften gebaut und die Innovationskraft Deutschlands gestärkt. Mehr als je zuvor sind wir daher auf eine Wissenschaft angewiesen, die nach außen gerichtet ist.“¹⁸

Außerdem ist das Gesetz über die Förderung deutscher Auslandsschulen¹⁹ (Auslandsschulgesetz - ASchulG) zu nennen, durch das erstmals eine eigene gesetzliche Grundlage für die Förderung der weltweit mehr als 140 **deutschen Auslandsschulen** geschaffen wurde. Deutsche Sprachförderung wird durch die deutschen Auslandsschulen, die **Partnerschulinitiative PASCH**²⁰ und das damit verbundene **Deutsche Sprachdiplom (DSD)** der Kultusministerkonferenz sowie durch **Goethe-Institute** betrieben.

Im aktuellen Bericht wird auch dargelegt, dass die internationale Nachfrage nach **Berufsbildungskoope-ration** mit Deutschland gestiegen sei. Aus diesem Grunde habe die Bundesregierung 2012 unter der Federführung des Bundesministeriums für Bildung und For-

¹⁷ Zu der Zeit war Monika Griefahn Sprecherin der SPD-Fraktion im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

¹⁸ 230. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, 2. Juli 2009, Drs. 16/230, S. 25834.

¹⁹ Gesetz vom 26.08.2013 BGBl. I S. 3306 (Nr. 52).

²⁰ weitere Informationen sind im Internet abrufbar: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/KulturDialog/SchulenJugend/PASCH/Uebersicht_node.html [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

schung die Zentralstelle für internationale Berufsbildungszusammenarbeit im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) eingerichtet. Die finanziellen Mittel für die AKBP beliefen sich 2012 auf insgesamt 1,591 Mrd. Euro. Das entsprach 0,49 Prozent des Bundeshaushalts (rund 325 Mrd. EUR). Davon standen insgesamt 784,79 Mio. Euro für den Kulturhaushalt des Auswärtigen Amtes zur Verfügung.²¹ Somit hat sich der Etat nur unwesentlich im Vergleich zum Vorjahr verändert.²²

Im Koalitionsvertrag der 17. Legislaturperiode wird „Internationalisierung von Bildung und Forschung“ als gesonderter Punkt aufgeführt.²³ Hier heißt es:

„Wir streben daher eine intensivere europäische und internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung an. Wir bekräftigen die Ziele der UN-Dekade für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE). (...) Wir werden den europäischen Forschungsraum, die Vorbereitung des achten Forschungsrahmenprogramms und den Umbau des EU-Haushalts aktiv mitgestalten und treten dabei für eine stärkere Rolle der Mitgliedstaaten ein. (...) Bildung und Forschung werden zu einem Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern.“²⁴

Vor diesem Hintergrund ist auch die Entwicklung der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und der Initiative Außenwissenschaftspolitik des AA zu sehen, die im Nachfolgenden dargestellt wird.

3.2. Initiative Außenwissenschaftspolitik des AA

Im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik fördert das **Auswärtige Amt (AA)** den akademischen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und den jeweiligen Partnerländern. Basierend auf der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung hat das Auswärtige Amt die „**Initiative Außenwissenschaftspolitik**“ Anfang 2009, angeregt durch Außenminister Frank-Walter Steinmeier, eingerichtet. Unter Berücksichtigung der regionalen und inhaltlichen Schwerpunkte des AA weltweit werden verschiedene Kontakte und Projekte unterstützt. Hauptinstrument der bilateralen Regelung sind die Abkommen über die wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit (WTZ-Abkommen). Zentral für die Außenwissenschaftspolitik des AA im allgemeinen ist

²¹ Unterrichtung durch die Bundesregierung, 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, 14. Februar 2014, Drucksache 18/579. Die Ressourcen für 2012 inklusive grafischer Darstellung werden im genannten Bericht auf S. 8 – 10 zusammenfassend dargestellt.

²² „Im Jahr 2010 beliefen sich die finanziellen Ressourcen für Maßnahmen der Auswärtigen Kultur und Bildungspolitik auf insgesamt 1,513 Mrd. Euro. Diese Summe entspricht 0,48 % des Bundeshaushalts. Im Vergleich zum Vorjahr konnte somit ein Zuwachs von 5,4 % verzeichnet werden.“ Quelle: 16. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik 2011/2012, Bundestagsdrucksache 17/12052 vom 9. Januar 2013

²³ Der Koalitionsvertrag ist im Internet abrufbar unter: http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

²⁴ S. 66 ebd.

das Ziel, das interkulturelle Verständnis und die Stabilisierung in Krisenregionen zu fördern. Dabei stehen inhaltliche Schwerpunkte wie Klimawandel, Energie oder Terrorismus im Vordergrund. Zur Ausrichtung der Außenwissenschaftspolitik stellt Steinmeier in einem Buchbeitrag 2009 in drei Punkten die Schwerpunktsetzung vor:

- **Internationale Mobilität.** Zum einen wolle man in Zusammenarbeit mit dem BMBF die internationale Mobilität von Studenten und Wissenschaftlern fördern.
- **Präsenz in internationalen Forschungsverbänden.** Ein zweiter Fokus sei die Steigerung der Präsenz deutscher Forscher in großen internationalen Forschungsverbänden und Einrichtungen. Auch dies solle in Kooperation mit dem BMBF geschehen.
- **Persönlicher Kontakt mit Partnern.** Zum dritten sieht er im direkten Kontakt mit Partnern ein wichtiges Instrument der aktiven Außenwissenschaftspolitik. Dabei setzt er darauf, gemeinsam mit deutschen Wissenschaftlern auf Delegationsreisen mit den Partnerorganisationen ins Gespräch zu kommen.²⁵

Im Rahmen der Anfang 2009 vorgestellten Initiative Außenwissenschaftspolitik des AA wurden 2010 ca. 250 Mio. EUR für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in Deutschland und im Ausland aufgewendet. Davon wurden mehr als 140 Mio. Euro für Stipendien für ausländische Gaststudierende und Wissenschaftler in Deutschland zur Verfügung gestellt. Die Arbeit wird in Zusammenarbeit mit ca. 25 Partnern, insbesondere dem DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung durchgeführt.²⁶ Inhaltlich stützt sich die Initiative auf fünf Kernelemente:

- Deutsche Wissenschafts- und Innovationshäuser (DWIH)

Die DWIH sind Repräsentanzen der deutschen Wissenschaft im Ausland. Sie führen bereits bestehende oder zukünftige Strukturen deutscher Wissenschaftseinrichtungen vor Ort zusammen. Zum derzeitigen Zeitpunkt existieren fünf DWIH in New York, Tokyo, Sao Paulo, New Delhi und Kairo. Im Jahr 2013 wurden sie mit rund 2,8 Mio. Euro gefördert.

- Exzellenzzentren der Forschung und Lehre im Ausland

In ausgewählten Partnerländern werden in Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen Wissenschaftseinrichtungen gemeinsam entwickelt. Beispiele hierfür sind Russland (St. Petersburg), Thailand (Bangkok), Chile (Santiago) und Kolumbien (Santa Maria).

²⁵ Frank-Walter Steinmeier: Partner gewinnen und Potenziale nutzen, Warum sich Außenpolitik für die Wissenschaft einsetzt, in: Schütte, Georg Hrsg. (2008). „Wetlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution“, Berlin University Press 2008, S. 28-30.

²⁶ Wissenswelten verbinden, Informationen des Auswärtigen Amtes, im Internet abrufbar unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/363922/publicationFile/3643/flyer.pdf> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

- Attraktive Stipendien für Studium, Promotion und Forschung

Die Zahl der ausländischen Studierenden in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und betrug 2012 insgesamt 11,1 Prozent aller Studierenden in Deutschland²⁷. Dabei wurden Gelder für Studierende aus Transformationsländern, schwerpunktmäßig Ägypten und Tunesien, in umfassendem Maße zur Verfügung gestellt. Dies waren im Jahr 2012 insgesamt 8,4 Mio. EUR. Die größte Gruppe ausländischer Studierender stammt aus China (7 Prozent), gefolgt von Italien und Österreich (6 Prozent). Ein Beispiel der Förderung durch das AA ist das Stipendien- und Betreuungsprogramm STIBET des DAAD, im Zuge dessen ausländische Studierende an deutschen Hochschulen betreut werden (2013: rund 7,5 Mio. EUR).

- Intensivere Alumni-Vernetzung

Nachbetreuungsprogramme der Mittlerorganisationen werden laufend weiter ausgebaut. Hierdurch soll der Kontakt ausländischer Alumnis zu Deutschland nachhaltig gefördert werden. Beispielsweise wendete der DAAD für das „Alumni PLUS“ und weitere Alumni-Maßnahmen im Jahr 2011 4,8 Mio. EUR auf. Von Seiten der Bundesregierung wird das Alumniportal Deutschland finanziert. Es wurde gemeinsam von der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), dem DAAD, dem Goethe-Institut, der Alexander von Humboldt-Stiftung und dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) entwickelt.²⁸

- Förderung der deutschen Sprache²⁹

Das weltweite Angebot, Deutsch als Fremdsprache zu erlernen und zu vertiefen wird fortlaufend ausgebaut. Das Goethe-Institut ist in diesem Bereich ein wichtiger Projektpartner. Hinzu kommt der Einsatz moderner Technologien, wie z.B. das Internet.

4. Akteure internationaler Wissenschaftspolitik

Die Außenwissenschaftspolitik des AA steht in direktem Zusammenhang mit der Strategie der Bundesregierung zu Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung³⁰. Mittlerorganisationen wie der DAAD und die AvH-Stiftung werden durch das AA finanziert und setzen Programme um. Auf der anderen Seite finanziert das BMBF verschiedene Programme dieser Organisationen, beispielsweise ist es der größte Einzelförderer der AvH-Stiftung. Das BMBF entsendet Wissenschaftsreferenten in Botschaften und stellt so

²⁷ Gesamtzahl der Studierenden an deutschen Hochschulen 2012: 2380974, absoluter Anteil ausländisch Studierender in Deutschland 2012: 265292, Quelle: Statistisches Bundesamt, „Deutsche und ausländische Studierende in den Wintersemestern 1991/1992 bis 2012/2013“, im Internet abrufbar unter: <https://www.destatis.de/> [zuletzt abgerufen am 3.4.2014]

²⁸ ebd.

²⁹ Sachstand des Auswärtigen Amtes zur Außenwissenschaftspolitik, März 2014.

³⁰ ebd.

auch einen personellen Bezug zum AA her. Hinzu kommt eine nicht unwesentliche Förderung von DAAD, AvH-Stiftung und GIZ durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (Einzelheiten siehe Kapitel 4.5).

Akteure der deutschen Wissenschaftspolitik lassen sich in die nachfolgend dargestellten Kategorien einordnen.³¹ Die nachfolgende Auflistung beschreibt die wichtigsten Akteure, erhebt aber nicht den Anspruch auf Vollständigkeit.

4.1. Nichtstaatliche, wissenschaftsfördernde und –durchführende Organisationen

Die **Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)**³² geht auf die Gründung der sog. „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ in Berlin 1920 zurück. Nach der Zeit des Nationalsozialismus wurde sie 1949 auf Initiative der Hochschulen, des Stifterverbandes und der Kultusministerien der Länder in Bonn wiedergegründet. Die DFG ist die Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland. Die DFG ist ein privatrechtlicher Verein, ihre Mitglieder forschungsintensive Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, wissenschaftliche Verbände und die Akademien der Wissenschaften. Finanziert wird die DFG fast ausschließlich von Bund und Ländern, die in allen Bewilligungsgremien vertreten sind. Mandatsgemäß vertritt die DFG die deutsche Wissenschaft in internationalen Gremien.

Vorgängergesellschaft der **Max-Planck-Gesellschaft**³³ war die 1911 in Berlin eingerichtete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. 1948 in Göttingen gegründet. Schwerpunktmäßig wird an den über ganz Deutschland und einzelnen Auslandsstandorten verteilten Max-Planck-Instituten Grundlagenforschung in den drei Sektionen Biologie und Medizin, Chemie, Physik und Technik sowie Geistes-, Sozial- und Humanwissenschaften betrieben. Die Max-Planck-Gesellschaft wird überwiegend mit Mitteln vom Bund und den Ländern (Institutionelle Förderung) finanziert. Im Jahr 2013 erhielt die MPG knapp 1,53 Mrd. EUR. Hinzu kommen Drittmittel für Projekte von öffentlichen oder privaten Geldgebern sowie der Europäischen Union. Die internationale Zusammenarbeit der MPG gliedert sich in drei Kategorien: Max-Planck-Institute im Ausland (Bibliotheca Hertziana, Rom; Kunsthistorisches Institut, Florenz; Max-Planck-Institut für Psycholinguistik, Nijmegen; Max-Planck-Florida-Institute, Jupiter; Max-Planck-Institute Luxembourg for International, European and Regulatory Procedural Law, Luxemburg), Max-Planck-

³¹ Eine umfassende Darstellung der verschiedenen Akteure findet sich in: Akteure der Wissenschaftspolitik, in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel Hrsg. (2010), Handbuch Wissenschaftspolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, S. 363 - 442.

³² <http://www.dfg.de> [zuletzt abgerufen am 20.3.2014].

³³ <http://www.mpg.de> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Center/Partnerinstitute (16 Standorte in Nord- und Südamerika, Europa und Asien) und Partnergruppen (über 40 Partnergruppen weltweit)³⁴.

Die **Helmholtz-Gemeinschaft**³⁵ ist die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands. Vertreter der noch im Aufbau befindlichen Forschungszentren Karlsruhe und Jülich, der damaligen Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt (heute Helmholtz-Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung) und Kernforschungsinstitute verschiedener Universitäten gründeten 1958 den "Arbeitsausschuss für Verwaltungs- und Betriebsfragen der deutschen Reaktorstationen". Nach und nach kamen weitere Forschungszentren hinzu und erweiterten so das Feld der vertretenen Wissenschaftsbereiche. 1995 wurde die seit 1970 "Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen" (AGF) genannte Organisation in die Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren umgewandelt. Im Zuge einer Reform im Jahr 2001 ist der lose Verbund der Gemeinschaft in einen eingetragenen Verein rechtlich selbstständiger Mitglieder umgewandelt worden. Seitdem steht der Gemeinschaft ein hauptamtlicher Präsident vor. Weitere Reformschritte und Satzungsänderungen folgten. Internationale Büros existieren in Brüssel, Moskau und Peking. Darüber hinaus agiert die Helmholtz-Gemeinschaft in bilateralen Kooperationen mit einer Vielzahl von Ländern. Beispielsweise bündelt die Helmholtz-Alberta-Initiative (HAI) die naturwissenschaftlich-technischen Expertisen der Helmholtz-Gemeinschaft und der University of Alberta (Kanada).

Die **Fraunhofer-Gesellschaft** wurde am 26. März 1949 in München gegründet. Im Vordergrund der Tätigkeit stand in den ersten Jahren vor allem die verwaltungstechnische Administration von öffentlichen Fördermitteln und Spenden für die wirtschaftsnahe Forschung. Heute verfolgt die Fraunhofer-Gesellschaft das Ziel, „international vernetzt anwendungsorientierte Forschung zum unmittelbaren Nutzen für die Wirtschaft und zum Vorteil für die Gesellschaft“ zu betreiben. Internationale Fraunhofer-Standorte und Aktivitäten finden sich auf allen Kontinenten³⁶.

Die **Leibniz-Gemeinschaft** ging 1997 aus 81 Institutionen der sog. „Blauen Liste“ hervor.³⁷ Die Leibniz-Gemeinschaft engagiert sich in einer Vielzahl von Projekten im Bereich der Internationalisierung von Wissenschaft. Beispiele hierfür sind innerhalb Deutschlands Leibniz-Graduiertenschulen, Leibniz-DAAD-Research-Fellowships, Verbindungsbüros, Dual Career-Initiativen. Weltweit engagiert sich die Leibniz-Gemeinschaft mit Mobilitätsstipendien, Kontaktbüros, Partnerstandorten, Forschungsverbänden, Unterstützung von

³⁴ Diese Einrichtung zielt auf die gemeinsame Förderung von Nachwuchswissenschaftlern mit Ländern, die an einer Stärkung ihrer Forschung durch internationale Kooperation interessiert sind ab, beispielsweise Indien, China, mittel- und osteuropäische sowie südamerikanische Länder.

³⁵ <http://www.helmholtz.de> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

³⁶ Eine interaktive Grafik ist im Internet abrufbar:
<http://www.standortkarte.fraunhofer.de/main.jsp?lang=de&debug=false&topic=institut&topicvalue=null&focus=world&focusvalue=&t=1315479064852> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

³⁷ Details zur Geschichte finden sich unter: <http://www.leibniz-gemeinschaft.de/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Wettbewerbsverfahren, Zusammenarbeit mit Forschern aus Schwellen- und Entwicklungsländern u.ä..³⁸

Die **Leopoldina** - Nationale Akademie der Wissenschaften wurde 1652 in der Freien Reichsstadt Schweinfurt als Academia Naturae Curiosorum gegründet und ist damit eine der ältesten Akademien der Welt. Die Leopoldina vertritt seit ihrer Ernennung zur Nationalen Akademie der Wissenschaften 2008 die deutsche Wissenschaft in internationalen Gremien ebenso wie die bereits erwähnte DFG. Expertengruppen innerhalb der Akademie erarbeiten in Zusammenarbeit mit anderen deutschen, europäischen und internationalen Akademien öffentliche Stellungnahmen zu aktuellen Themen. Die Leopoldina „unterstützt wissenschaftlichen Nachwuchs, verleiht Auszeichnungen, führt Forschungsprojekte durch und setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte verfolgter Wissenschaftler ein“.³⁹ Die Leopoldina, ebenso wie die nationalen Wissenschaftsakademien der anderen G8-Staaten berät die Staats- und Regierungschefs der G8-Länder im Zusammenhang mit den jährlichen Gipfeltreffen. Sie ist Mitglied in den multinationalen Akademievereinigungen wie dem InterAcademy Panel (IAP) und dem InterAcademy Medical Panel (IAMP) und engagiert sich im European Academies Science Advisory Council (EASAC), dem Zusammenschluss der nationalen Wissenschaftsakademien der EU-Mitgliedstaaten. Die Akademie unterhält ein sog. Human Rights Committee (HRC), das sich weltweit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die aufgrund ihrer wissenschaftlichen Arbeit Repressalien ausgesetzt sind, einsetzt.

4.2. Nichtstaatliche Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Die **Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH-Stiftung)** für Naturforschung und Reisen war ursprünglich 1860 in Berlin gegründet worden. Sie unterstützte bis 1923 vor allem Forschungsreisen deutscher Wissenschaftler ins Ausland und stellte dann die Förderung für zwei Jahre aus finanziellen Gründen ein. Bereits 1925 wurde die Alexander von Humboldt-Stiftung neu gegründet mit dem Ziel ausländische Studenten und Wissenschaftler während ihres Aufenthalts in Deutschland zu unterstützen. Die Stiftung stellte 1945 ihre Tätigkeit ein und wurde am 10. Dezember 1953 von der Bundesrepublik Deutschland erneut in Bonn errichtet. Hauptzielsetzung der Stiftung sind internationale Wissenschaftskontakte. So können ausländische Wissenschaftler mit Forschungsstipendien und Forschungspreisen in Deutschland forschen, während Wissenschaftler aus Deutschland mit der Unterstützung der Stiftung im Ausland ein Forschungsprojekt durchführen können. Im Rahmen der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik setzt sich die Alexander von Humboldt-Stiftung zum Ziel den internationalen kulturellen Dialog und wissenschaftlichen Austausch weltweit zu fördern.

Der **Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD)** wurde 1925 als "Akademische Austauschdienst e.V." (AAD) in Heidelberg gegründet und im Mai 1945 offiziell aufgelöst. Im August 1950 wurde die Organisation in Bonn neu gegründet. Es ist die weltweit größte

³⁸ <http://www.leibniz-gemeinschaft.de/ueber-uns/internationales/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

³⁹ <http://www.leopoldina.org/de/ueber-uns/ueber-die-leopoldina/leitbild-der-leopoldina/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern. Der DAAD wird zum überwiegenden Teil aus Bundesmitteln verschiedener Ministerien, vor allem des AA und dem BMZ finanziert, zudem durch die Europäische Union sowie durch Unternehmen, Organisationen. Im Zuge von Projekten kommen auch Finanzierungsmittel ausländischer Regierungen hinzu. Der DAAD umschreibt seine Ziele in fünf strategischen Punkten:

- „Ausländische Nachwuchseliten für einen Studien- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland gewinnen und möglichst lebenslang als Partner erhalten
- Den deutschen Forschungs- und Führungsnachwuchs an den besten Plätzen der Welt im Geiste von Toleranz und Weltoffenheit qualifizieren
- Die Internationalität und Attraktivität der deutschen Hochschulen fördern
- Germanistik und die deutsche Sprache, Literatur und Landeskunde an ausländischen Universitäten stärken
- Die Entwicklungsländer des Südens und Reformstaaten im Osten beim Aufbau leistungsfähiger Hochschulsysteme unterstützen.“⁴⁰

Die DAAD Auslandsvertretungen repräsentieren darüber hinaus auch die AvH-Stiftung.

4.3. Hochschulen

Ein Kernelement der europäischen Außenwissenschaftspolitik an deutschen Hochschulen ist die Umsetzung des **Bologna-Prozesses**. In diesem wird eine europaweite Harmonisierung von Studiengängen und –abschlüssen angestrebt, durch den ein einheitlicher Europäischer Hochschulraum geschaffen werden soll und die internationale Mobilität der Studierenden gefördert werden soll. Der Begriff geht zurück auf eine Erklärung aus dem Jahr 1999, in der 29 europäische Bildungsminister im italienischen Bologna den Hochschulreformprozess angestoßen haben. Mittlerweile wirken 47 Staaten sowie die EU-Kommission und acht weitere Organisationen in Hochschulbereich an dem Prozess mit.⁴¹ Vereinbart wurden folgende Ziele:

- „Einführung eines Systems von verständlichen und vergleichbaren Abschlüssen (Bachelor und Master)
- Einführung einer gestuften Studienstruktur
- Transparenz bei Studieninhalten durch Kreditpunkte und Diploma Supplement
- Anerkennung von Abschlüssen und Studienabschnitten
- Verbesserung der Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Personal
- Sicherung von Qualitätsstandards auf nationaler und europäischer Ebene
- Umsetzung eines Qualifikationsrahmens für den Europäischen Hochschulraum
- Steigerung der Attraktivität des Europäischen Hochschulraums auch für Drittstaaten
- Förderung des lebenslangen Lernens

⁴⁰ <https://www.daad.de/portrait/wer-wir-sind/kurzportrait/08940.de.html> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁴¹ <http://www.bmbf.de/de/3336.php> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

- Verbindung des Europäischen Hochschulraums und des Europäischen Forschungsraums⁴²

Deutsche Hochschulen arbeiten vor dem Hintergrund der Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung in zahlreichen **bilateralen Kooperationen** zusammen. Neben dem weitverbreiteten Instrument der Partnerhochschulen im Ausland gibt es an einzelnen (zumeist grenznahen) Universitäten einen kombinierten deutschen und ausländischen Abschluss. Beispielsweise gehört der Schwerpunkt auf fremdsprachlicher und internationaler Ausbildung im Rahmen der sog. Fachspezifischen Fremdsprachenausbildung (FFA) an der Universität Trier zum besonderen Profil der Hochschule.

Auch die **Hochschulrektorenkonferenz (HRK)** als freiwilliger Zusammenschluss der staatlichen und staatlich anerkannten Universitäten und Hochschulen in Deutschland hat eine „Internationale Strategie“ verabschiedet, die das Ziel der Schaffung „transnationaler Hochschulen“ verfolgt.⁴³

In fünf Artikeln werden in der bereits mehrfach zitierten Publikation „Wettlauf um Wissen“ die **Internationalisierungsstrategien der Hochschulen** analysiert und bewertet.⁴⁴ Vor dem Hintergrund des begrenzten Rohstoffvorkommens in Deutschland, des demografischen Wandels, deutscher naturwissenschaftlicher und ingenieurwissenschaftlicher Tradition, des Weltbevölkerungswachstums, der Stellung Chinas und der Entwicklung in weiteren Entwicklungs- und Schwellenländern sieht Wolfgang A. Herrmann in einem Buchbeitrag die Entwicklung einer wirksamen Außenwissenschaftspolitik, die gerade diese Herausforderungen mit berücksichtigt, als fundamental an.⁴⁵ In diesem Zusammenhang bewertet er die Exzellenzinitiative als wichtigen Schritt und sowohl die AvH-Stiftung sowie den DAAD als wirksame Instrumente einer stabilen Außenwissenschaftspolitik. Gemeinsam mit einzelnen Universitäten sollten die genannten Herausforderungen angegangen werden und weitere Netzwerke gegründet und ausgestaltet werden.

4.4. Bundesländer

Einzelne Bundesländer bauen Internationalisierungsstrategien auf, die über die Tätigkeit der Hochschulen hinausgehen. Eine umfassende Liste aller Initiativen der Bundesländer konnte nicht recherchiert werden. Beispielhaft genannt werden kann aber die 1984 gegründete Initiative „Exportstiftung Baden-Württemberg“, die seit 2004 als „**Baden-Württemberg International**“ (Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH) geführt wird. In ihr ist das Land Baden-Württemberg

⁴² ebd.

⁴³ <http://www.brk.de/themen/internationales/arbeitsfelder/internationale-strategie/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁴⁴ Schütte, Georg Hrsg. (2008). „Wettlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution“, Berlin University Press 2008, S. 186 - 231

⁴⁵ Wolfgang A. Herrmann: Aufholjagd auf den internationalen Bildungsmärkten: Universitäten als Faktor der Außenwissenschaftspolitik, in: Schütte, Georg Hrsg. (2008). „Wettlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution“, Berlin University Press 2008S. 194 – 202.

als Gesellschafter vertreten.⁴⁶ Ihre Aufgabe sieht die Gesellschaft in der „Erschließung ausländischer Märkte für baden-württembergische Unternehmen“ sowie der optimalen Positionierung „des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg weltweit“.⁴⁷

4.5. Bundesregierung

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung und das Auswärtige Amt sind die beiden wichtigsten Bundesministerien, die den Internationalisierungsprozess von Wissenschaft und Bildung in Deutschland fördern. Einzelne Projekte finden sich auch in anderen Ressorts wie beispielsweise dem **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**. Die Darstellung der Außenwissenschaftspolitik des BMBWF ist Gegenstand einer gesonderten Ausarbeitung.⁴⁸ Die Initiative Außenwissenschaftspolitik des AA wurde bereits im vorangegangenen Kapitel beschrieben. Zudem fördert das BMZ eine Reihe von Projekten im Bereich der Außenwissenschaftspolitik, die im Nachfolgenden dargestellt werden.

Gemäß Koalitionsvertrag der 17. Wahlperiode ist die Förderung der Zusammenarbeit mit Schwellenländern u.a. im Bereich der Wissenschaftskooperation ein Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit der vergangenen Jahre.⁴⁹

Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern, unterstützt das BMZ staatliche und nichtstaatliche Akteure. Für die internationale Wissenschaftszusammenarbeit sind dabei die AvH-Stiftung, der DAAD und die GIZ besonders wichtig.

Das BMZ-Fördervolumen für den **DAAD** ist in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gewachsen, von 30,485 Mio. Euro im Jahr 2009 auf 40,130 Mio. Euro im Jahr 2013.⁵⁰ „Über Hochschulpartnerschaften sollen Hochschulen in den Partnerländern in ihrer regionalen Beratungskompetenz für Kommunen, Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaft gestärkt, sowie Lehre (und Forschung) in den Entwicklungsländern modernisiert werden. Diese Programme stehen allen Fachgebieten offen.“⁵¹

Auch das BMZ-Fördervolumen für die **AvH-Stiftung** stieg in den vergangenen fünf Jahren, von 4,53 Mio. Euro im Jahr 2009 auf 6,31 Mio. Euro im Jahr 2013. Über diese Zuwendung

⁴⁶ <http://www.bw-i.de/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁴⁷ ebd.

⁴⁸ WD 8 – 3000 – 030/2014

⁴⁹ 14. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung, März 2013, S. 14, <http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/sonderpublikationen/Weissbuch.pdf> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁵⁰ BMZ: „Antworten auf die Fragen zur internationalen Bildungspolitik des BMZ für den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages“, Stand: 2. April 2014

⁵¹ ebd.

finanziert die Stiftung u.a. die BMZ Georg Forster-Forschungsstipendien, Georg Forster-Forschungspreise, Rückkehrstipendien, Forschungsaufenthalte in Deutschland, Sachbeihilfen und Institutspartnerschaften. Schwerpunktmäßig werden Forschende aus Entwicklungs- und Schwellenländern gemäß OECD-DAC-Liste (außer China und Indien) gefördert.⁵²

Die drei Organisationen, der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH (Inwent) wurden 2011 zur **Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH** fusioniert. Das BMZ ist der wichtigste Auftraggeber und zudem Gesellschafter der GIZ und stellt den Vorsitzenden des GIZ-Aufsichtsrates.⁵³ Weitere Auftraggeber sind andere Bundesministerien, Bundesländer und Kommunen, Unternehmen, die EU, internationale Institutionen, aber auch ausländische Regierungen. Bildungsprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern stehen im Fokus der Arbeit der GIZ.⁵⁴ Laufende Programme der GIZ, die durch das BMZ gefördert werden sind:⁵⁵

GIZ-Vorhaben	Land	Laufzeit	Auftragswert
Aufbau der Pan-Afrikanischen Universität (PAU)	Afrika regional	2011-2016	9.000.000 EUR
Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie	Mongolei	2013-2016	4.000.000 EUR
Kapazitätsaufbau im Bildungswesen	Äthiopien	2011-2014	7.100.000 EUR
Bikulturelle regionale Aufbaustudiengänge	MENA-Region	2011-2017	13.237.000 EUR
Hochschulkooperation Tropenwald und Energie	Brasilien	2010-2014	2.000.000 EUR
Indigene interkulturelle Universität	Bolivien	2011-2014	3.000.000 EUR

4.6. Stiftungen, Think Tanks und weitere Akteure

Zum Beitrag von Stiftungen und Think Tanks für die wissenschaftspolitische Lage in Deutschland findet sich in einem Buchbeitrag von Rudolf Speth eine eingehende Analy-

⁵² ebd.

⁵³ <http://www.giz.de/de/html/auftraggeber.html> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁵⁴ <http://www.giz.de/de/weltweit/20451.html> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁵⁵ ebd.

se.⁵⁶ Er prognostiziert, dass der Stiftungssektor steigen werde und diese Rechtsform auch für Universitäten und Forschungseinrichtungen attraktiv sei. Aufgrund der internationalen Verschränkungen innerhalb der Wissenschaft agieren fast alle Organisationen international. Wichtige Beispiele sind dabei die Asien-spezifischen Förderprogramme der **Robert-Bosch-Stiftung**⁵⁷ und Studienaustauschprogramme der studienfördernden Stiftungen wie der **Studienstiftung des Deutschen Volkes**⁵⁸.

In Hinblick auf wissenschaftspolitisch aktive Think Tanks stellt Speth in seinem Artikel fest: „In Deutschland beschäftigen sich nur wenige Think Tanks explizit mit Wissenschaftspolitik. Dazu zählen das 1994 gegründete **Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)**, das von der Bertelsmann Stiftung und der Stiftung zur Förderung der Hochschulrektorenkonferenz getragen wird“⁵⁹ Ein Themenschwerpunkt des CHE ist „Internationalisierung“ und umfasst die Unterpunkte Europäischer Hochschulraum, Internationale Kooperationen, Internationalisierungsstrategie und Mobilität. In der Vergangenheit wurden beispielsweise Studien zum Ranking von Universitäten im internationalen Kontext erstellt und vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses eine Studie zur Möglichkeit gemeinsamer Studienprogramme.⁶⁰ **Die Bertelsmann Stiftung** wurde 1977 gegründet und arbeitet ausschließlich operativ und nicht fördernd. Sie finanziert sich überwiegend aus den Erträgen ihrer Beteiligung an der Bertelsmann SE & Co. KGaA. Während internationale Wissenschaftspolitik thematisch im CHE angesiedelt ist, führt die Bertelsmann Stiftung selbst im Bereich des Kultursektors einzelne Projekte zu internationalen Kontakten durch.⁶¹

Desweiteren sind **zivilgesellschaftliche Akteure, Interessenverbände und Medienorganisationen** im Bereich der Internationalisierung von Wissenschaft aktiv. Besonders bedeutsam ist außerdem die forschende Wirtschaft. Zahlreiche **Wirtschaftsunternehmen** betreiben im Zuge neuer Produktentwicklung international ausgerichtet Forschung und fördern im eigenen Unternehmen oder durch Drittmittelvergabe Wissenschaft und Forschung. In der Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung wird hierzu bemerkt: „Bei Standort- und Investitionsentscheidungen orientieren sich global tätige Unternehmen am direkten Zugang zu Leitmärkten, einer leistungsfähigen Infrastruktur, exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie qualifi-

⁵⁶ Rudolf Speth, Stiftungen und Think Tanks, in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel Hrsg. (2010), Handbuch Wissenschaftspolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, S. 390 – 405.

⁵⁷ <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/1748.asp> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁵⁸ <https://www.studienstiftung.de/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁵⁹ Rudolf Speth, Stiftungen und Think Tanks, in: Dagmar Simon, Andreas Knie, Stefan Hornbostel Hrsg. (2010), Handbuch Wissenschaftspolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010, S. 395.

⁶⁰ http://www.che.de/cms/?getObject=260&strAction=show&PK_Projekt=1040&getLang=de [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁶¹ <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-7A8A8AF4-A480831D/bst/hs.xsl/115776.htm> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014]

ziertem Personal. Deutschland ist ein attraktiver Investitionsstandort. Jedes Jahr investieren ausländische Unternehmen mit rund 11 Milliarden Euro ungefähr in gleichem Maße in F&E in Deutschland wie deutsche Unternehmen im Ausland. Die derzeitigen Trends zeigen aber, dass F&E Investitionsentscheidungen der Großunternehmen sich in zunehmendem Maße zugunsten ausländischer Standorte v.a. in Südostasien verschieben.“⁶² Ein wesentliches politisches Instrument ist dabei der im Jahr 2005 eingerichtete **Hightech-Gründerfonds**.

4.7. Einzelne Beispiele wissenschaftlicher Zusammenarbeit

Im Folgenden wird eine kleine Auswahl von Projekten der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit vorgestellt.

Wissenschaftsbeziehungen zu China

Neben intensiven Wirtschaftsbeziehungen unterhält Deutschland seit über 30 Jahren enge Beziehungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung mit China. Grundlage hierfür ist das **Regierungsabkommen zur wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit (WTZ)** zwischen Deutschland und China aus dem Jahr 1978. Ein Beispiel der Zusammenarbeit ist das „Chinesisch-Deutsche Zentrum für Wissenschaftsförderung (CDZ)“, eine gemeinsame Forschungsförderungseinrichtung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der National Natural Science Foundation of China (NSFC) mit Sitz in Peking. Mit dieser Institution soll die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China in den Fachgebieten der Natur-, Lebens-, Management- und Ingenieurwissenschaften gefördert werden.⁶³ In einem Aktuellen Begriff der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages werden weitere Beispiele der Zusammenarbeit dargestellt.⁶⁴

Wissenschaftsbeziehungen zu Indien

Deutschland und Indien verbindet im Bereich der IT-Branche eine enge Zusammenarbeit. Vor diesem Hintergrund fand im Oktober 2013 ein Dialog von indischen und deutschen E-Government-Experten sowie Entscheidungsträgern aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft statt. Hieran nahmen Vertreter aus Bundes- und Landesministerien, Behörden, Verbänden und Universitäten teil. Organisiert wurde das Symposium von der **Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, der [init] AG für digitale Kommunikation und der SAP India Private Limited**.

Ein wesentlicher Bestandteil der Initiative Außenwissenschaftspolitik des AA ist wie bereits erwähnt der Aufbau von **Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern**. Eines

⁶² Deutschlands Rolle in der globalen Wissensgesellschaft stärken. Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung vorgelegt im Februar 2008, www.bmbf.de/pubRD/Internationalisierungsstrategie.pdf [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁶³ <http://www.sinogermanscience.org.cn/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁶⁴ Christine Steinhoff: Wissenschaftspartner China, Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, 16. Dezember 2010.

der fünf Standorte ist Neu Delhi. Die dortige Einrichtung wurde im Oktober 2012 eröffnet. Hiermit wird der deutsch-indischen Wissenschaftszusammenarbeit noch einmal ein besonderer Stellenwert eingeräumt.⁶⁵

Indien beteiligt sich auch in verschiedenen deutschen Forschungsinitiativen. 2007 wurde eine deutsch-indische Erklärung zu Indiens Beteiligung am deutschen Großprojekt **FAIR** (Facility for Antiproton and Ion Research)⁶⁶ unterzeichnet. Zudem hat Indien Anfang 2009 eine Zusammenarbeit mit **DESY** (Deutsches Elektronen-Synchrotron)⁶⁷ in Hamburg vereinbart.

Wissenschaftsbeziehungen zu Israel

Noch vor der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel 1965 baute die **Max-Planck-Gesellschaft (MPG)** intensive Wissenschaftsbeziehungen zum **Weizmann-Institut (WIS)** in Rehovot (seit 1959) auf. Es folgten Vereinbarungen zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem israelischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie (Most) (seit 1973) und dem israelischen Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit (Moital) (seit 2000). Zudem wurde 1986 durch den Deutschen Bundestag und die Israelische Knesset die **Deutsch-Israelische Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung (GIF)** eingerichtet.

Fulbright Stipendien

Finanziert wird das Programm aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes und des US-Außenministeriums (Department of State) mit zusätzlicher Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und den Verein Association of Friends & Sponsors of the German-American Fulbright Program e.V.. Das deutsch-amerikanische Fulbright-Programm ist eines der **bedeutendsten binationalen Austauschprogramme** zwischen Deutschland und den USA. Die amerikanische Fulbright-Kommission existiert seit 1946 und vergibt Studien-, Forschungs-, und Lehrstipendien sowohl an US-Amerikaner außerhalb der USA als auch Staatsangehörige der binationalen Vertragspartner in den USA. Die deutsch-amerikanische Fulbright-Kommission hat ihren Sitz in Berlin und existiert seit 1952. Initiiert wurde das Fulbright-Programm durch den US-Senator James William Fulbright. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wollte er damit das gegenseitige Verständnis zwischen den USA und anderen Staaten durch akademischen und kulturellen Austausch fördern. Grundlegende Richtlinien werden durch das J. William Fulbright Foreign Scholarship Board festgelegt, dessen Mitglieder vom amerikanischen Präsidenten ernannt werden. Die binationalen Programme werden von den jeweiligen Kommissionen beider Regierungen beschlossen. Ehrenvorsitzende sind die jeweiligen Außenminister und der jeweilige US-amerikanische Botschafter.

⁶⁵ <http://www.dwih.in/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁶⁶ <http://www.gsi.de/fair/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁶⁷ <http://www.desy.de/> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

McCloy Academic Scholarship Program

Mit dem Ziel, „Nachwuchskräfte für den öffentlichen Sektor in Deutschland und internationale Organisationen auszubilden und zu einer Stärkung der transatlantischen Beziehungen beizutragen“, wurde vor rund 30 Jahren das McCloy Academic Scholarship Program initiiert. Es handelt sich hierbei um ein Vollstipendium, das von der Studienstiftung des Deutschen Volkes ausgeschrieben wird. Finanziert und verwaltet wird das Programm durch die Studienstiftung des deutschen Volkes, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, der Harvard Kennedy School, der Haniel Stiftung und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.⁶⁸

Projektbeispiele: CERN, HGP

Beispiele europäischer und internationaler Verbundprojekte, an denen Deutschland beteiligt ist, sind die **Europäische Organisation für Kernforschung (Conseil Européen pour la Recherche Nucléaire, CERN)** und das **menschliche Genomprojekt (Human Genome Project, HGP)**. Als größter Beitragszahler finanziert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 20 Prozent des CERN-Haushaltes.⁶⁹ Das HGP war 1990 mit dem Ziel der Entschlüsselung des humanen Erbgutes in den USA ins Leben gerufen worden. Zahlreiche Teilprojekte haben sich aus dieser Initiative entwickelt. Deutschland war in verschiedenen Projekten vertreten und förderte beispielsweise das aus dem HGP hervorgegangene internationale **1000-Genome-Projekt** durch das BMBF mit rund 7 Mio. Euro.⁷⁰

5. Probleme und Kontroversen

Einen wesentlichen Entwicklungsbedarf im Bereich der Außenwissenschaftspolitik sieht Schütte in der **differenzierten und vergleichenden Analyse** von internationaler wissenschaftlicher Arbeit: „Notwendig ist jedoch ein weitaus differenzierteres **empirisches Kategoriensystem** als dies derzeit von nationalen Statistikämtern, der EU-Kommission oder der OECD bereit gestellt wird, um diese Entwicklung international vergleichend angemessen und valide darzustellen. Erst dann lassen sich langfristige Entwicklungsprozesse und grundlegende Strukturveränderungen tragfähig erklären. Die Beschreibungsperspektiven der Außenwissenschaftspolitik – von der Einordnung in globale Wandlungsprozesse über die Innovationssystem Heuristik und die machtpolitische Deutung bis zur Darstellung von Akteuren, Adressaten und Handlungsdynamiken – sind nur ein erster Schritt zu einer solchen Erklärung.“ Ziel ist dabei, so Schütte, „das **Verhältnis nationaler Wissenschaftsförderorganisationen zu transnationalen Wissenschaftsförderern** wie der EU Kommission neu zu bestimmen. Und so fragen Hochschulen und Forschungsinstitute, wie sie ihre knappen materiellen und personellen Ressourcen am effektivsten im weltweiten Wettbewerb und für die Gewinnung geeigneter internationaler Kooperationspartner einsetzen können.“

⁶⁸ <http://mccloy.org/> [zuletzt abgerufen am 3.4.2014].

⁶⁹ http://www.weltmaschine.de/cern_und_lhc/cern/ [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

⁷⁰ <https://www.biotechnologie.de/BIO/Navigation/DE/Foerderung/foerderbeispiele.did=155238.html> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Probleme sieht Volker Perthes in einem Buchbeitrag auch in der internationalen Wahrnehmung der Bildungs- und Wissenschaftssituation in Deutschland. So würden schlechte **PISA-Ergebnisse, Probleme in der Migrations- und Integrationspolitik** und das Fehlen von ausreichend konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der **Lissabon-Strategie** den Ruf des deutschen Bildungswesens mindern.⁷¹ Er mahnt an, dass auf verschiedenen Gebieten zielgerichtete Maßnahmen intensiviert werden müssten. Er setzt dabei auf Kooperationen durch gemeinsame Forschungsprojekte, gemeinsame Medienauftritte (Beispiel: Fernsehsender ARTE) und Kulturprojekte. Zudem hält er einen Religionsdialog für wichtig und mahnt innenpolitische Maßnahmen an, durch die Probleme wie die schlechten PISA-Ergebnisse behoben werden könnten.

Kontroversen im Bundestag zum Thema Außenwissenschaftspolitik betreffen zumeist die Prioritätensetzung der Vielzahl kulturpolitischer Fördermaßnahmen. In einer Sitzung des Deutschen Bundestages wird der Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2007/2008 debattiert. Hierin kritisiert Uschi Eid⁷² die Verwendung von ODA-Mitteln für das bildungspolitische Projekt „Aktion Afrika“, wodurch diese sinken und keine nachhaltig konstante Mittelzuwendung garantiert werde.⁷³ In einer aktuellen Debatte am 12. Februar 2014 zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag zum 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik stellt Ernst Dieter Rossmann⁷⁴ die Frage, ob die im Schwarz-Gelben Regierungsentwurf noch geplanten Haushaltskürzungen des Etats für den DAAD und anderer Organisationen in der Schwarz-Roten Regierung rückgängig gemacht würden. Maria Böhmer⁷⁵ setzt in ihrer Antwort auf Verhandlungen in den Haushaltsberatungen. Sie sei sich bewusst, dass einzelne Bereiche besonderer finanzieller Unterstützung bedürften.⁷⁶ Auch die Budgetierung der Goethe-Institute wurde in der Bundestagsdebatte verschiedentlich kritisch hinterfragt. Böhmer verwies dabei allerdings auf die Budgethoheit des Parlaments.⁷⁷



⁷¹ Volker Perthes: Soft-Power in der Auswärtigen Politik, in: Schütte, Georg Hrsg. (2008). „Wettlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution“, Berlin University Press 2008, S. 46 – 51

⁷² Uschi Eid, damalige Sprecherin für auswärtige Kulturpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

⁷³ Deutscher Bundestag: 230. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, 2. Juli 2009, Drs. 16/230, S. 25834.

⁷⁴ Ernst Dieter Rossmann, Sprecher der Arbeitsgruppe „Bildung und Forschung“ der SPD-Bundestagsfraktion

⁷⁵ Maria Böhmer, CDU/CSU, Staatsministerin im Auswärtigen Amt

⁷⁶ Deutscher Bundestag: 13. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, 12. Februar 2014, Drs. 18/13, S. 903ff

⁷⁷ ebd., S. 909

6. Literatur

BMBF: Rolle in der globalen Wissensgesellschaft stärken. Strategie der Bundesregierung zur Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung, vorgelegt im Februar 2008, www.bmbf.de/pubRD/Internationalisierungsstrategie.pdf [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Bundesregierung: 14. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung, März 2013, S. 14, <http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/sonderpublikationen/Weissbuch.pdf> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

CDU, CSU und FDP: WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP 17. Legislaturperiode. Der Koalitionsvertrag ist im Internet abrufbar unter:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Ministerium/koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Deutscher Bundestag: Drucksache 18/579, Unterrichtung durch die Bundesregierung 17. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vom 14. Februar 2014.

Deutscher Bundestag: 230. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, 2. Juli 2009, Drs. 16/230, S. 25834 ff.

Deutscher Bundestag: 13. Sitzung des Deutschen Bundestages, Berlin, 12. Februar 2014, Drs. 18/13, S. 903 ff.

Schütte, Georg Hrsg. (2008). „Wettlauf ums Wissen. Außenwissenschaftspolitik im Zeitalter der Wissensrevolution“, Berlin University Press 2008

darin:

- Schütte, Georg: Wettlauf ums Wissen: Außenwissenschaftspolitik als Herausforderung moderner Wissensgesellschaften, S. 12-27
- Steinmeier, Frank-Walter: Politische Perspektiven Partner gewinnen und Potenziale nutzen - Warum sich Außenpolitik für die Wissenschaft einsetzt, S. 28-30
- Perthes Volker: Soft Power in der Auswärtigen Politik, S. 46-51
- Dirk Messner: Der beschleunigte globale Wandel verändert die Nord-Süd-Beziehungen 67-77
- Georg Schütte: Die neue Landkarte akademischer Mobilität 92-103
- Peter Strohschneider: Die Internationalität der Wissenschaften Internationalität von Geisteswissenschaften. Zehn gelegentliche Anmerkungen 122-134
- Stefan Hormuth: Internationalisierungsstrategien der Hochschulen Internationalisierung der Hochschulen 186-193
- Wolfgang A. Herrmann: Aufholjagd auf den internationalen Bildungsmärkten: Universitäten als Faktor der Außenwissenschaftspolitik 194-202

- Sascha Spoun und Felix C. Seyfarth: Internationalisierung für kleine und mittelgroße Universitäten 203-213
- Marion Schick: Systematische Internationalisierung - Chancen der deutschen Hochschulen für angewandte Wissenschaften 214-220
- Christian Bode: Exportschlager Hochschulen ? Deutsche Studienangebote im Ausland als Instrumente der Außenwissenschaftspolitik 221-231
- Georg Schütte: Wissenschaft im globalen Wandel gestalten - ein Fazit 232-237

Simon, Dagmar, Knie, Andreas, Hornbostel, Stefan, Hrsg. (2010), Handbuch Wissenschaftspolitik, VS Verlag für Sozialwissenschaften, GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2010.

darin:

- Martin Lengwiler: Kontinuitäten und Umbrüche in der deutschen Wissenschaftspolitik des 20. Jahrhunderts, S. 13 – 25.
- Ulrich Teichler: Europäisierung der Hochschulpolitik, S. 51-70.
- Georg Schütte: Außenwissenschaftspolitik – Wissenschaft im globalen Wandel gestalten, S. 151-161.
- Andreas Stucke: Staatliche Akteure in der Wissenschaftspolitik, S. 363 – 376.
- Eva Barlösius: Ressortforschung, S. 377 – 389.
- Rudolf Speth: Stiftungen und Think Tanks, S. 390 – 405.
- Justus Lentsch: Akademien der Wissenschaften: Wissensmakler für Politik und Gesellschaft, S. 406 – 426.

: Wissenschaftspartner China, Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, 16. Dezember 2010, http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/wissenschaftspartner_china.pdf [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].

Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur deutschen Wissenschaftspolitik im Europäischen Forschungsraum, Drs. 9866-10, Berlin, 2. Juli 2010, <http://www.kowi.de/Portaldata/2/Resources/fp/2010-Empfehlungen-Wissenschaftsrat-ERA.pdf> [zuletzt abgerufen am 30.3.2014].